

**Anwendungsbereich (§ 1 Abs. 2 UWG n. F.)
und Verbraucher-Individualschadensersatz
(§ 9 Abs. 2 UWG n. F.)**

GRUR-Jahrestagung 2021
Prof. Dr. Christian Alexander

Gliederung

Gesetz zur Stärkung des Verbraucherschutzes im Wettbewerbs- und Gewerberecht

Überblick

3

Gesetz zur Stärkung des Verbraucherschutzes im Wettbewerbs- und Gewerberecht

§ 1 Abs. 2 UWG n. F.

5

Gesetz zur Stärkung des Verbraucherschutzes im Wettbewerbs- und Gewerberecht

§ 9 Abs. 2 UWG n. F.

12

Gesetz zur Stärkung des Verbraucherschutzes im Wettbewerbs- und Gewerberecht

Überblick

Überblick

3504

Bundesgesetzblatt Jahrgang 2021 Teil I Nr. 53, ausgegeben zu Bonn am 17. August 2021

Gesetz zur Stärkung des Verbraucherschutzes im Wettbewerbs- und Gewerberecht^{1, 2}

Vom 10. August 2021



Umsetzung der Änderungen der UGP-RL durch
RL (EU) 2019/2161: „New Deal for Consumers“

Unionsrechtliche Pflicht zur Umsetzung



Regelungen für „neuere Formen der
Kommunikation und des Marketings im Internet,
wie das Influencer-Marketing“

Gestaltungsspielraum durch
Unionsrecht begrenzt

Gesetz zur Stärkung des Verbraucherschutzes im Wettbewerbs- und Gewerberecht

§ 1 Abs. 2 UWG n. F.

§ 1 Abs. 2 UWG n. F.

Normzweck

Begr. zum RegE, BT-Drs. 19/27873

Umsetzung von Art. 3 Abs. 4 UGP-RL

Regelung des Anwendungsbereichs des UWG

Klarstellung des Vorrangverhältnisses von spezielleren Vorschriften vor UWG-Tatbeständen

Beispiele: Informationspflichten aus MStV und TMG

Unionsrechtliche Grundlage

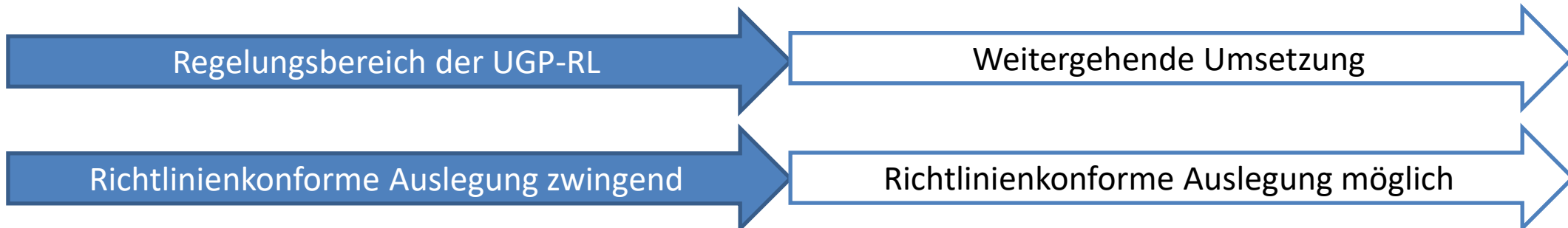
Art. 3 Abs. 4 UGP-RL

Kollidieren die Bestimmungen dieser Richtlinie mit anderen Rechtsvorschriften der Gemeinschaft, die besondere Aspekte unlauterer Geschäftspraktiken regeln, so gehen die Letzteren vor und sind für diese besonderen Aspekte maßgebend.

§ 1 Abs. 2 UWG n. F.

Überschießende Umsetzung

Art. 3 Abs. 4 UGP-RL	§ 1 Abs. 2 UWG n. F.
B2C-Verhältnis	B2C- und C2B-Verhältnis B2B-Vertikal- und B2B-Horizontalverhältnis
Rechtsvorschriften der Gemeinschaft (= Unionsrecht)	Spezialregelungen des Unionsrechts und des nationalen Rechts, aber:
Nicht erfasst: Ausnahmehereich der UGP-RL, z. B. Art. 3 Abs. 3 und 8 UGP-RL	<ul style="list-style-type: none">▪ Anwendungsvorrang des Unionsrechts▪ Vereinbarkeit mit UGP-RL erforderlich



§ 1 Abs. 2 UWG n. F.

(K)eine Regelung des Anwendungsbereichs des UWG?

Voraussetzungen

Überschneidungsfall: Spezialnorm und UWG-Norm erfassen tatbestandlich einen Sachverhalt

Spezialnorm nicht abschließend

Abstimmungsbedarf (Art. 3 Abs. 4 UGP-RL: „Kollidieren“; „case of conflict“)

- Detailliertere Vorgaben, erweiterte Verbote usw.
- Übereinstimmende Schutzzwecke (wirtschaftliche Interessen der Verbraucher)

Spezialvorschriften „(...) *gehen* bei der Beurteilung, ob eine *unlautere geschäftliche Handlung* vorliegt, den Regelungen dieses Gesetzes *vor*“

§ 1 Abs. 2 UWG n. F. setzt Anwendbarkeit des UWG voraus

§ 1 Abs. 2 UWG n. F. schränkt Anwendungsbereich des UWG nicht ein

§ 1 Abs. 2 UWG n. F.

Spezialregelungen als Teil von Unlauterkeitstatbeständen

Erster Fall: Art. 7 Abs. 5 UGP-RL

„Informationsanforderungen (...) *gelten als wesentlich*“

Konkretisierung des Merkmals der Wesentlichkeit in Art. 7 Abs. 1 UGP-RL

Beispiel: Informationspflichten gemäß Art. 5 und 6 RL 2000/31/EG



Art. 3 Abs. 4 UGP-RL (-)

Art. 5 und 6 RL 2000/31/EG sind Teil von Art. 7 Abs. 1-3, Abs. 5 UGP-RL

Kein Kollisionsfall, sondern tatbestandliche Regelungseinheit

Kein Vorrang, da Normverhältnis durch Art. 7 Abs. 5 UGP-RL festgelegt

§ 1 Abs. 2 UWG n. F.

Spezialregelungen als Teil von Unlauterkeitstatbeständen

Zweiter Fall: Informationspflichten als Marktverhaltensregelungen

Teil der Lit.: Beurteilung (allein) nach §§ 5a Abs. 1-3, 5b Abs. 4 UWG n. F.

BGH: Beurteilung nach § 3a UWG mit richtlinienkonformer Auslegung



§ 1 Abs. 2 UWG n. F. (-)

§ 5 und § 6 TMG sind Teil von §§ 5a Abs. 1-3, 5b Abs. 4 UWG n. F. bzw. § 3a UWG

Kein Überschneidungsfall, sondern tatbestandliche Regelungseinheit

Kein Vorrang, da Normverhältnis durch § 5b Abs. 4 UWG n. F. festgelegt

§ 1 Abs. 2 UWG n. F.

Spezialregelungen als Teil von Unlauterkeitstatbeständen

Dritter Fall: Sonstige Marktverhaltensregelungen

Marktverhaltensregelungen → Spezialregelungen für „besondere Aspekte“

Erweiterte richtlinienkonforme Auslegung



§ 1 Abs. 2 UWG n. F. (-)

Marktverhaltensregelungen als Teil des § 3a UWG

Kein Überschneidungsfall, sondern tatbestandliche Regelungseinheit

Kein Vorrang, da Normverhältnis durch § 5b Abs. 4 UWG n. F. festgelegt

Gesetz zur Stärkung des Verbraucherschutzes im Wettbewerbs- und Gewerberecht

§ 9 Abs. 2 UWG n. F.

§ 9 Abs. 2 UWG n. F.

Normzweck

- EU-Reaktion auf Diesel-Skandal
- Individualanspruch von Verbrauchern

ErwGr. 16 RL (EU) 2019/2161

Beseitigung der Folgen unlauterer Geschäftspraktiken

Erleichterung der privaten Rechtsdurchsetzung

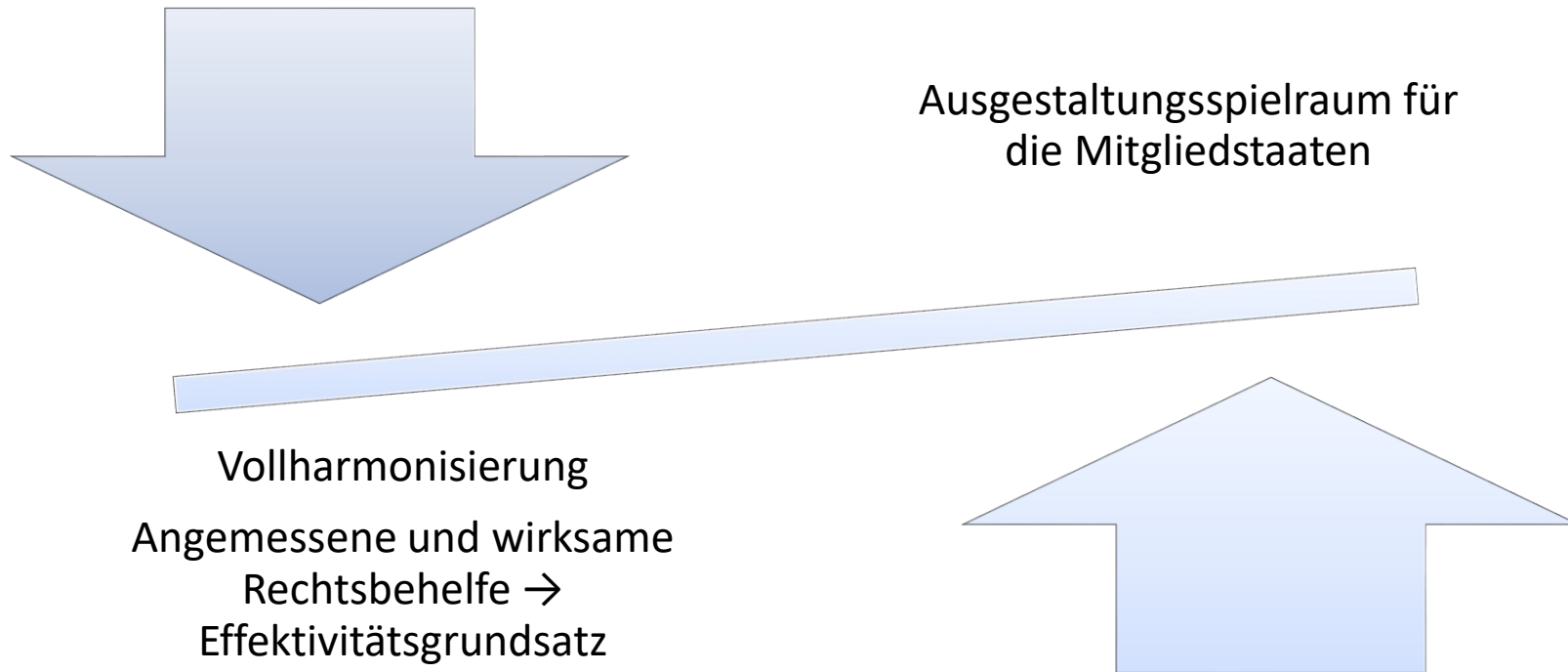
Unionsrechtliche Grundlage

Art. 11a UGP-RL

(1) Verbraucher, die durch unlautere Geschäftspraktiken geschädigt wurden, **haben Zugang** zu angemessenen und wirksamen Rechtsbehelfen, einschließlich Ersatz des dem Verbraucher entstandenen Schadens sowie **gegebenenfalls** Preisminderung oder Beendigung des Vertrags. Die Mitgliedstaaten können die **Voraussetzungen für die Anwendung und die Folgen der Rechtsbehelfe** festlegen. (...)

§ 9 Abs. 2 UWG n. F.

Umsetzungsauftrag und Gestaltungsspielraum



§ 9 Abs. 2 UWG n. F.

Tatbestand und Rechtsfolgen

§ 9 Abs. 2 UWG n. F.

Nach § 3 UWG unzulässige geschäftliche Handlung

Keine Ausnahme gemäß § 9 Abs. 2 Satz 2 UWG n. F.

Veranlassen des Verbrauchers zu einer geschäftlichen Entscheidung, die er anderenfalls nicht getroffen hätte

Verschulden des Unternehmers: Vorsatz oder Fahrlässigkeit

Rechtsfolge(n): Ersatz des entstandenen Schadens

§ 9 Abs. 2 UWG n. F.

Geltungsbereich des Verbraucherschadensersatzes

(+) Schutz der wirtschaftlichen Interessen der Verbraucher	(-) Schutz sonstiger Interessen
§ 3 Abs. 2 UWG § 4a UWG §§ 5, 5a und 5b UWG n. F. Nr. 1 bis 31 Anhang UWG n. F.	§ 3a UWG § 4 UWG § 6 UWG (siehe aber § 5 Abs. 4 UWG n. F.) § 7 UWG (siehe aber Nr. 26 Anhang UWG n. F.) Nr. 32 Anhang UWG n. F.
Art. 5 bis 9 UGP-RL Anhang I UGP-RL	

§ 9 Abs. 2 UWG n. F.

Geltungsbereich des Verbraucherschadensersatzes

(P) Schadensersatz bei Verletzung von Verbraucherschützenden Informationspflichten?

Art. 11a UGP-RL erfasst (auch) das Vorenthalten wesentlicher Informationen gemäß Art. 7 UGP-RL

Teil der Lit.: Beurteilung (allein) nach §§ 5a Abs. 1-3, 5b Abs. 4 UWG n. F.

BGH: Beurteilung nach § 3a UWG mit richtlinienkonformer Auslegung

§ 9 Abs. 2 Satz 1 UWG n. F. (+)

Ausschluss durch § 9 Abs. 2 Satz 2 UWG n. F.

Richtlinienkonform

Möglicher Verstoß gegen Art. 11a UGP-RL

§ 9 Abs. 2 UWG n. F.

Veranlassen zu einer geschäftlichen Entscheidung des Verbrauchers

Geschäftliche Relevanz	Individuelle Betroffenheit des Verbrauchers
(Generelle) Eignung des Verhaltens, den Verbraucher zu einer geschäftlichen Entscheidung zu veranlassen, er anderenfalls nicht getroffen hätte	Konkret-individuelles Veranlassen des Verbrauchers zu einer geschäftlichen Entscheidung (§ 2 Abs. 1 Nr. 1 UWG n. F.), die er anderenfalls nicht getroffen hätte
Teil der Unlauterkeit	Besondere Voraussetzung des Schadensersatzes
Durchschnittsverbraucher	Individuell betroffener Verbraucher

§ 9 Abs. 2 UWG n. F.

Rechtsfolge: Schadensersatz

(P) Unionsrechtliche Prägung oder nationaler Regelungsbereich?

Amtl. Begr./Teil der Lit.

- §§ 249 ff. BGB
- Negatives Interesse
- Ggf. Freistellung vom Vertrag als Naturalrestitution

Glöckner GRUR 2021, 919

- „schwach konturierter, im Ausgangspunkt aber autonom unionsrechtlicher Schadensbegriff“ des Art. 11a UGP-RL
- Orientierung an EuGH-Rspr. zum Schadensersatz im Kartellrecht

Eigene Position

- Derzeit (noch) kein unionsrechtlich gefestigter Schadensbegriff
- Aber: Kontrolle anhand des unionsrechtlichen Effektivitätsgrundsatzes

§ 9 Abs. 2 UWG n. F.

Rechtsdurchsetzung

Individualklagen

Verbandsklagen

(P) Rationales Desinteresse von Verbrauchern
(Geringer Schaden im Einzelfall; Schadensnachweis;
Aufwand/Kosten der Rechtsverfolgung)

Art. 9 RL (EU) 2020/1828

§ 9 Abs. 2 UWG n. F.

Verstöße gegen Verbraucherschützende Vorschriften → Nr. 14 Anh. I: UGP-RL

Abhilfeentscheidungen: Schadenersatz, Reparatur, Ersatzleistung, Preisminderung, Vertragsauflösung oder Erstattung des gezahlten Preises

Art. 9 Abs. 2 RL (EU) 2020/1828: Ausdrückliche oder stillschweigende Entscheidung der Verbraucher → Repräsentation durch die Klage und → Bindung an das Ergebnis

Umsetzung bis zum 25.12.2022

Anwendung der Neuregelungen ab 25.06.2023



Prof. Dr. Christian Alexander

Lehrstuhl für Bürgerliches Recht, Wirtschafts- und Medienrecht

Friedrich-Schiller-Universität Jena

Rechtswissenschaftliche Fakultät

Carl-Zeiß-Straße 3 | D-07743 Jena

Tel.: + 49 (0) 3641/942-100

E-Mail: christian.alexander@uni-jena.de